

Kurz berichtet

SPD-Landeschefin sieht keine Zukunft für Große Koalition

STUTTGART (ch) - SPD-Landeschefin Leni Breymaier ist gegen eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU auf Bundesebene. Das teilte sie am Freitag in Stuttgart mit. „Die Große Koalition ist ausgepresst wie eine Zitrone“, so Breymaier, die jetzt seit 100 Tagen im Amt ist. Wichtige gesellschaftliche Projekte wie die Bürgerversicherung ließen sich mit der CDU nicht umsetzen. Die Landes-SPD will im Wahljahr ihr soziales Profil schärfen. Zentrale Themen im Bundestagswahlkampf seien sozialer Wohnungsbau, die Rente und die Gesundheitsversorgung, sagte die Landeschefin. Breymaier erwartet einen pointierteren Wahlkampf als in den vergangenen Jahren. „2017 ist das Jahr, in dem wir unsere Demokratie



Leni Breymaier, Vorsitzende der baden-württembergischen SPD. FOTO: DPA

verteidigen müssen“, sagte sie. In Zeiten von Rassismus und Hetze beobachte sie eine zunehmende Politisierung der Bevölkerung. „Parteien, die dagegen stehen, haben deutlichen Zulauf. Das macht Mut.“ Seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten seien rund 400 Menschen in die Landes-SPD eingetreten. Breymaier bekräftigte, dass sie hinter dem bisherigen EU-Parlamentarier Martin Schulz (SPD) als Kanzlerkandidaten stehe. Neben konkreten Inhalten brauche man jemanden, der „Bauch und Herz ansprechen kann“. Hier sei Schulz im Vergleich zu Sigmar Gabriel der Geeignere. Die Landes-SPD wolle nach der Wahl wieder mit mindestens 20 Abgeordneten im Bundestag vertreten sein.

Arlbergtunnel wird vom Frühjahr an gesperrt

BREGENZ (lby) - Der Arlbergtunnel in Österreich wird wegen Sanierungsarbeiten erneut monatelang gesperrt. Vom 24. April bis zum 2. Oktober werde Österreichs längster Straßentunnel geschlossen, teilte der Autobahnbetreiber Asfinag am Freitag mit. Die Asfinag investiert in die Sanierung des rund 14 Kilometer langen Tunnels rund 160 Millionen Euro. Er war bereits im Sommer 2015 für etwa sechs Monate gesperrt worden. Die Röhren sollen mit Thermoscannern, Akustiksystemen und weiteren Fluchtstollen ausgestattet und dadurch noch sicherer werden. Pkws können über den Arlbergpass ausweichen, der Schwerverkehr wird großräumig umgeleitet.

Brücke in Eglolfstal wird abgerissen

WANGEN IM ALLGÄU (mek) - Die einsturzgefährdete Brücke in Eglolfstal (Landkreis Ravensburg) soll abgerissen werden. Nach langen Recherchen habe sich die Bundesrepublik Deutschland als Eigentümerin der 115 Jahre alten Brücke herausgestellt, teilte ein Sprecher des Landratsamtes Ravensburg am Freitag mit. 2015 hatte die Behörde einen Landwirt als Eigentümer der Brücke bezeichnet. Der wusste jedoch nichts von seinem angeblichem Eigentum. Er sollte Abbruchkosten von rund 50 000 Euro zahlen. Ein Streit um Zuständigkeit folgte, auch weil die Brücke zur Hälfte auf bayerischem Boden steht. Inzwischen hat ein Gutachten ergeben, dass der Abbruch rund 10 000 Euro kostet, die Kosten für eine Sanierung lägen bei 400 000 Euro. Der Bund hat das Landratsamt beauftragt, den Abbruch in die Wege zu leiten, da Gefahr in Verzug ist.

Landgericht Ulm mit Hakenkreuz verunglimpft

ULM (dpa) - Das Landgericht Ulm ist zur Zielscheibe einer Internet-Fälschung geworden. Bei Facebook hätten Unbekannte ein fingiertes Mitgliedskonto im Namen des Gerichts etabliert und dabei ein Hakenkreuz als Logo verwendet, erklärte Gerichtssprecher Wolfgang Tresenreiter am Freitag. „Wir bemühen uns bei Facebook, die Seite so schnell wie möglich abschalten zu lassen“, sagte er. Das Gericht habe die Polizei informiert. „Wir gehen von einer Straftat aus, die Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen ist verboten.“ In Einträgen auf der Facebook-Seite bedienten sich Unbekannte nationalsozialistischer Propagandabegriffe. Unter anderem wurde gefordert, dass wieder „Endlösungen“ eingeführt werden.

190 Millionen Euro mehr für Sanierungen im Land

STUTTGART (tja) - Dank guter Steuereinnahmen wollen die Regierungsfractionen von Grünen und CDU Jahr 2017 rund 190 Millionen Euro mehr ausgeben als vom Finanzministerium geplant. Das sagten die finanzpolitischen Sprecher beider Parteien am Freitag. Das Geld soll in Sanierungen fließen. Damit hat der Haushalt 2017 ein Volumen von 47,9 Milliarden Euro.

Rotes Kreuz hilft Flüchtlingen, Angehörige wiederzufinden – 2700 Anfragen im Vorjahr

Von Christin Hartard

RAVENSBURG - Als der afghanische Familienvater sich im Dezember vergangenen Jahres an den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wendete, hat er schon seit zweieinhalb Jahren kein Lebenszeichen mehr von seiner Frau und den Kindern erhalten. Die Familie entscheidet sich im März 2014 zur Flucht nach Deutschland. Zu groß ist die Bedrohung durch die Taliban. Doch schon beim nächsten Grenzübergang in Iran wird das, was eigentlich ein Neuanfang hätte werden sollen, zum Drama. Schüsse fallen, die Familie wird getrennt. Solche Geschichten hören Eva-Maria Stary und ihre Kollegen fast täglich. Stary leitet die Suchdienststelle des DRK-Landesverband Bayern in München.

Rund 2700 Geflüchtete wandten sich 2016 bundesweit an den DRK-Suchdienst, in der Hoffnung, so ihre Eltern oder Kinder wiederzufinden. So viele wie noch nie zuvor. Federführend läuft der Suchdienst in den zentralen DRK-Standorten Hamburg und München, aber auch die 19 Landesverbände sind mit 80 hauptamtlichen Beratungsstellen an der Suche beteiligt. Auch in Bopfingen, Ellwangen oder Friedrichshafen können Flüchtlinge die Suchen starten.

Trennungen an der Grenze

„Die Anfragen kommen zum großen Teil von Flüchtlingen aus Afghanistan, aber auch aus Syrien, Eritrea und Somalia“, sagt Stary vom bayerischen Suchdienst. Die meisten Familien verlieren sich nach ihrer Darstellung an Grenzübergängen oder bei der Überquerung des Mittelmeers, wenn sie von Schleppern auf verschiedene Boote gesetzt werden – die Handys werden ihnen dabei nicht selten abgenommen.

Außerdem gibt es sehr viele minderjährige Flüchtlinge, die alleine nach Europa aufbrechen und ihre Eltern in der Heimat zurücklassen. Gerade bei Geflüchteten aus Afghanistan sei es dann meist schwierig, die Zurückgebliebenen zu kontaktieren, sagt Stary. „Oft haben die Familien kein Telefon, geschweige denn eine Internetverbindung. Hinzu kommt, dass viele Analphabeten sind.“

Wo hat sich die Familie zuletzt gesehen? Wann war das? Wer könnte etwas über den Verbleib wissen? Am Anfang jeder Suche steht ein Formu-



Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) hat im vergangenen Jahr so viele Anfragen von Flüchtlingen erhalten wie noch nie. FOTO: DPA

lar, das Berater und Suchende mit der Hilfe von Dolmetschern ausfüllen. Zwei bis drei Stunden lang gehen sie gemeinsam jedes Detail durch, an das sich die Flüchtlinge erinnern können. „Ich habe noch nie so viele Männer weinen sehen, wie in den letzten zwei Jahren“, sagt Rebekka Izairi Ecklinger, Leiterin der Suchstel-

le des Landesverbands Baden-Württemberg. Und dennoch: Die Suchanfrage sei für viele ein wichtiger Schritt weg von der Hilflosigkeit und der Ungewissheit.

Die größte Herausforderung für die Berater: Je nachdem, in welchem Land die Angehörigen vermutet werden, gelten ganz unterschiedliche

Suchdienst des DRK: Geschichte und Aktuelles

Den DRK-Suchdienst gibt es seit 1859. Gegründet wurde er von Henry Dunant, der auf den Schlachtfeldern von Solferino im Sardischen Krieg Nachrichten von verletzten und sterbenden Soldaten entgegennahm und die Angehörigen informierte. Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten den DRK-Suchdienst von 1945 bis 1950 rund 14 Millionen Anfragen nach Vermissten. Auch heute spielen Schicksalsklärungen aus dem Krieg eine große Rolle. Hierzu baten 2016 fast 9000 Menschen den DRK-Suchdienst um Hilfe. In den letzten Jahren kamen vermehrt

Anfragen von Geflüchteten hinzu. Während 2015 rund 1700 Suchanfragen von Flüchtlingen eingegangen, waren es 2016 knapp über 2700, bei denen der Suchende in Deutschland lebt oder der Gesuchte in Deutschland vermutet wird. „Viele haben mit ihrem Antrag gewartet, bis sie sich in ihrem Gastland einigermaßen zurechtgefunden haben oder eine reguläre Gemeinschaftsunterkunft beziehen konnten“, sagt DRK-Präsident Rudolf Seiters. In Bayern gibt es elf Suchdienstberatungsstellen, in Baden-Württemberg zehn. Die Suchanfrage ist kostenlos. (ch)

Impfgegner muss 100 000 Euro nicht zahlen

Bundesgerichtshof lehnt Revision von Stuttgarter Urteil zu skurriler Wette ab

Von Jule Baumann und Hagen Schönherr

LANGENARGEN - Der Mediziner David Bardens ist endgültig mit seinem Versuch gescheitert, 100 000 Euro für den Nachweis der Existenz des Masernvirus zu erhalten. Die Summe hatte der Biologe Stefan Lanka in einer Art Wette ausgelobt. Der Bundesgerichtshof hat die Revision des Mediziners gegen ein Urteil vom Februar 2016 nun endgültig abgelehnt.

Das teilte ein Sprecher des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart jüngst der Nachrichtenagentur dpa mit. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung und einer Reihe von Prozessen war eine Prämie von 100 000 Euro, die Impfgegner Lanka aus Langenargen am Bodensee demjenigen versprochen hatte, der ihm eine wissenschaftliche Arbeit liefert, mit der die Existenz des Virus belegt wird. Damit brachte Lanka seine Zweifel an wissenschaftlich eigentlich unumstrittenen Fakten zum Ausdruck.

Mediziner David Bardens nahm das Angebot ernst, reichte mehrere Arbeiten ein – und seine Kontonummer. Während das Landgericht Ravensburg den Impfgegner erst zur Zahlung der Wetsumme verpflichtete, kassierte das OLG Stuttgart diese Entscheidung später wieder ein.

Dabei umschifften die Richter die Frage, ob es ein Masernvirus nun gibt oder nicht, komplett. In der Urteilsbegründung verwiesen sie lediglich darauf, dass der Veranstalter einer Wette die Spielregeln festlegen dürfe. Lanka hatte einen Beweis für das Virus gefordert, Bardens aber mehrere wissenschaftliche Texte einge-



Umstrittener Impfgegner: Stefan Lanka vor dem Landgericht Ravensburg. Das dortige Urteil gegen ihn wurde später aufgehoben. FOTO: DPA

reicht, die den Virus-Beweis gemeinsam liefern sollten. Das entsprach laut OLG nicht den vorab festgeleg-

ten Regeln und Bardens unterlag – was jetzt vom BGH bestätigt wurde. Auch wenn sich die Gerichte nie Lankas Aussage, es gebe kein Masernvirus, zu eigen machten, profitierte der Impfgegner letztlich von den Verfahren. Er gelangte durch die skurrile Wette nicht nur zu einiger Bekanntheit, sondern füllte mit Vorträgen über angebliche Irrtümer der Medi-

„Das Gerichtsurteil wird in der Impfgegnerszene absurd umgedeutet.“

David Bardens, Arzt

Aussage: „Er ist der einzige Arzt, der seiner Überzeugung nach gehandelt hat.“ Dafür habe er seinen Respekt. Bardens habe ihm sogar versprochen, sich gemeinsam Kontrollexperimente zu den vorgelegten Studien anzusehen und diese mit ihm zusammen durchzugehen.

Frei erfunden

„Das ist, wie vieles, was Herr Lanka von sich gibt, frei erfunden“, sagt allerdings David Bardens, der derzeit als Arzt in Schweden arbeitet, im Telefongespräch. Die Niederlage vor Gericht habe er mittlerweile verdaut. Er legt aber Wert auf die Feststellung, dass die Gerichte eben nicht über die Existenz oder Nicht-Existenz des Masernvirus geurteilt hätten, sondern dass er allein wegen einer Formsache unterlegen sei.

„Mein Beweis war eindeutig geführt“, sagt Bardens. „Trotzdem wird das Gerichtsurteil in der Impfgegnerszene absurd umgedeutet. Dort wird so getan, als ob es das Masernvirus nicht gibt. Ich werde mich aber selbstverständlich weiter für Masernimpfungen einsetzen und viele Kinder impfen.“ Viele Familien hätten ihm bereits gedankt, dass er die „absurden Aussagen“ von Lanka nicht einfach unkommentiert stehen lasse.

Nach der Prozessreihe geht Biologe Lanka nun weiter seiner Arbeit als Alternativmediziner nach. Kritiker werfen ihm nach wie vor pseudowissenschaftliche Thesen vor. Außerdem soll er Anhängern von lebenswichtigen Impfungen abraten. Dabei kann zum Beispiel eine fehlende Masernimpfung bei Kleinkindern tödlich enden.

ANZEIGE

TREUEPRÄMIE DER WOCHE:

STEBA Raclette-Grill
Nur für Abonnenten, die uns 10 Jahre und länger treu sind.

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4 016517
4 053234
4 092375

Vergleichen Sie Ihre Kunden-Nummer

Bei Übereinstimmung einfach bis zum 01.02. anrufen oder mailen:
0751 2955-5555
Mo bis Fr von 7 bis 18 Uhr, Sa von 8 bis 12 Uhr
lesertrue@schwaebische.de

Schwäbische Zeitung

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ebingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spachingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Christoph Plate
Mitglied der Chefredaktion: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Jochen Schlosser (CvD Redaktion); Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener (stv.); Tanja Schultbauer; Gestaltung: Mark Hildebrandt; Seite Drei: Christoph Plate; Beilagen/Kultur: Barbara Müller; Sport: Filippo Cataldo; Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen-Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokaldredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de